

Editorial

Die aktuellen Auseinandersetzungen in der Europäischen Union (EU) und die strategischen Konzepte der Herrschenden in den einzelnen Mitgliedstaaten, die in diesem Heft thematisiert werden, sind, so *Frank Deppe* im einleitenden Beitrag, geprägt durch den Übergang in die neue, multipolare Weltordnung konkurrierender Großmächte des 21. Jahrhunderts. In der Bundesrepublik sind sich konservative, sozialdemokratische und grüne Politiker einig, dass die EU in diesem Konzert der Großmächte nur mitspielen kann, wenn Deutschland dabei eine »führende Rolle« übernimmt und die inneren Entscheidungsstrukturen in der EU dem angepasst werden. Dieser Neuaufgabe eines »Griffs nach der Weltmacht« entgegenzutreten stellt Deppe als zentrale Aufgabe der politischen und gewerkschaftlichen Linken heraus. Die Präambel des Maastricht-Vertrages propagiert die »Vereinigten Staaten von Europa«. Unerreichbar, konstatiert *Peter Wahl*, weil das Kernproblem der europäischen Integration, das Verhältnis von Nationalstaaten und supranationaler Ebene unter den gegebenen Bedingungen der Konkurrenz der nationalen Kapitale nicht lösbar sei. Dieses strukturelle »Steuerungs- und Problemlösungsdefizit« habe sich schlagartig bei der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 gezeigt und strahle auf alle Politikbereiche aus. Der Anspruch der EU auf einen Platz in der ersten Liga der Großmächte ist, so Wahl, der Versuch, »in einer zu hohen Gewichtsklasse zu boxen«. Das Militärische ist als Kernbereich nationaler Souveränität in der EU nicht vergemeinschaftet. Das hindert aber nicht daran, Aufrüstung und Rüstungsindustrie aus EU-Töpfen zu finanzieren und auf europäischer Ebene zu koordinieren. *Jürgen Wagner* zeigt anhand der entsprechenden EU-Programme wie ReArm Europe, dass mit dem Ziel einer »rüstungswirtschaftlichen Abnabelung von den USA« beträchtliche Anstrengungen zum Aufbau eines eigenständigen europäischen Rüstungskomplexes unternommen werden. Die Konkurrenz der nationalen Kapitale und der Nationalstaaten der EU demonstriert *Jörg Kronauer* anhand der deutsch-französischen Rivalität, die die gesamte Entwicklung der EU beeinflusst. Beispiele sind u. a. Osterweiterung; Afrikapolitik; die Auseinandersetzung um Rüstungsprojekte, wie das jetzt gescheiterte Projekt eines europäischen Kampfflugzeugs.

Die Handelspolitik gehört zu den in der EU vergemeinschafteten Politikbereichen. Die Kommission war international ursprünglich für eine allgemeine Marktliberalisierung. Im Kontext des Übergangs zur »Geoökonomie« wird die Außenhandelspolitik wieder als Instrument zur Durchsetzung kurzfristiger nationaler Interessen eingesetzt. Die EU reagiert *Wilfried Kurtzke* zufolge durch den Abschluss von Freihandelsabkommen mit möglichst vielen Ländern und Regionen. Im Ergebnis droht bei vielen der Abkommen eine Absenkung sozialer und ökologischer Standards auf das jeweils niedrigste Niveau. Die Einführung des Euro, so die damalige Erwartung, würde – vermittelt über den freien Kapitalverkehr – zu einer Vereinheitlichung der Finanzierungsbedingungen auf den Kapi-

talmärkten zumindest im Euroraum führen. Das Gegenteil ist eingetreten: Die Zinsdifferenzen bleiben hoch, u. a. in Abhängigkeit von den jeweiligen nationalen Schuldenquoten und Haushaltspolitiken. Eine Lösung dieses Problems durch EU-Staatsschulden und die Vergemeinschaftung nationaler Staatsschulden wird u. a. von Deutschland blockiert, das dadurch seine Vorteile bei der Staatsfinanzierung einbüßen würde. Ein gemeinsamer EU-Kapitalmarkt, so *Lucas Zeise*, ist daher nicht in Sichtweite. *Andreas Fisahn* analysiert die kurze Periode, in der mit der Verkündung des European Green Deal im Jahre 2019 der Übergang in das neue Akkumulationsregime des »grünen Kapitalismus« möglich schien. Spätestens ab 2024 aber dominiert das »ökologische Roll-Back«. An die Stelle des ökologischen Umbaus tritt der Versuch, eine europäische Rüstungswirtschaft aufzubauen. Eine wichtige Grundlage der starken ökonomischen Position Deutschlands in der EU ist dessen Vormachtstellung in den osteuropäischen Mitgliedsländern, die gleichzeitig für eine besonders aggressive Politikvariante gegenüber Russland stehen. Am Beispiel der Visegrád-Länder (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei) schildert *Luca Schneider* den Siegeszug des deutschen Kapitals im Osten, der diese Staaten in eine tiefe Abhängigkeit vom deutschen Monopolkapital geführt habe.

Online-Präsentation dieses Heftes am So., 27. September, ab 20:00 Uhr live bei 99 ZU EINS. Zugang über unsere Social-Media-Seiten und zeitschrift-marxistische-erneuerung.de sowie auf youtube.com/c/99ZUEINS

Kapitalismustheorie: Lea Wagner und *Anna Martel* berichten vom »Pan-Africanism Summit Against Imperialism« in Nairobi. Parallel zu einem von den Präsidenten Frankreichs und Kenias ausgerichteten Investitionsgipfel verband dieser Kongress die Kritik an der Neuordnung französischer Einflussnahme in Afrika mit den Erfahrungen kenianischer Arbeitskämpfe und der Diskussion über den Aufbau einer international vernetzten antiimperialistischen Bewegung. *Klaus Dräger* beschäftigt sich mit einer im angelsächsischen Sprachraum geführten Debatte über die Ursachen der säkularen Stagnation des kapitalistischen Akkumulationsregimes in den ehemals führenden Zentren. Robert Brenner und Dylan Riley verwenden in diesem Kontext den Begriff des »politischen Kapitalismus«. Der Rückgang der Profitraten und die Zunahme unproduktiver Tätigkeiten hätten zur Verlangsamung der Akkumulation des Realkapitals und damit des BIP-Wachstums geführt. Die Kapitalrenditen lösen sich tendenziell von der Entwicklung der produktiven Bereiche und werden zunehmend von der Expansion der Finanzmärkte bestimmt. Die Politik der herrschenden Parteien – und der Notenbanken – konzentrierte sich darauf, die Vermögensmärkte zu stärken und die Umverteilung zugunsten der Finanzanleger durch politische Mittel zu fördern. *Ingar Soltý* analysiert den »postliberalen US-Kapitalismus«. Die zweite Trump-Regierung gelangte vor dem Hintergrund einer »populistischen Situation« ins Amt, deren Materialität in der Vulnerabilität der US-Arbeiterklasse besteht. Ein neuer geschichtlicher Block mit einem hegemonialen Projekt hat sich indes nicht heraus-

gebildet. Die Risse zwischen Hightech-Monopolkapital und proletarisierter Partebasis sind tief, die Regierung ist fragil. Gerade dies bestärkt die Tendenz zum autoritären Staatsumbau ebenso wie die verschärfte Konkurrenz mit China.

Vor siebzig Jahren – 1956: Im Jahr 1956 sieht *Stefan Bollinger* den Ausgangspunkt zweier widersprüchlicher Tendenzen. Schwieriger als das »Aufräumen« mit stalinistischen Verbrechen – Chruschtschows »Geheim«-Rede auf dem XX. KPdSU-Parteitag – war es, einen widerstandsfähigen neuen Weg zum Sozialismus zu etablieren. Verhärtungen wie in Maos China und Aufweichungen von sozialistischer Idee und Praxis waren die Folge, vermeintlich revolutionäre Umbrüche wie in Ungarn trugen den konterrevolutionären Keim in sich. Zugleich markierte 1956 mit dem Suez-Krieg und dem politischen Eingreifen der UdSSR zugunsten des globalen Südens auch den Beginn einer neuen Stufe der Emanzipation von Kolonien und abhängigen Staaten des Südens. Im gleichen Jahr 1956 starb Bertolt Brecht. Er ist im deutschen wie internationalen Theater präsent und vielgespielt. *David Salomon* demonstriert anhand zweier Stücke – »Mutter Courage« und »Arturo Ui« – Brechts »beklemmende Tagesaktualität« in Auseinandersetzung mit Krieg und Faschismus.

Marx-Engels-Forschung: 1876 erschien eine populäre Zusammenfassung des »Kapital« in der Überarbeitung von Marx selbst. Den von Johann Most stammenden ursprünglichen Text hat er in weiten Teilen umgeschrieben – das Kapitel über Ware und Geld vollkommen neu. Wie es zu der Broschüre kam und wie Marx theoretisch Schwieriges verständlich zu machen versucht, darüber berichtet *Winfried Schwarz*.

Weitere Beiträge: Zwar konnten rechtsextreme und gewerkschaftsfeindliche Listen bei der vergangenen Betriebsratswahl ihre Positionen kaum ausbauen. Dennoch, so die Warnung von *Isa Paape*, sind in den Belegschaften Rechtstendenzen wirksam, denen ein ganzer Komplex von Ursachen zugrunde liegt. Gerade aus gewerkschaftlicher Sicht erfordert das aktive und demokratische Gegenstrategien. Bei der Entwicklung des Stimmenanteils der Parteien zwischen 1970 und 2025 in Westeuropa ist der Aufstieg von Parteien der extremen Rechten vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung wenig überraschend. Ganz anders ist es jedoch beim Blick auf die Parteien des linken Spektrums, denen *Nico Biver* ein deutlich größeres Beharrungsvermögen attestiert, als gemeinhin angenommen. So hat sich der Gesamtanteil linker Parteien im Zeitverlauf nur leicht verschlechtert, womit jedoch deutliche Verschiebungen innerhalb dieses Blocks einhergehen.

Aus der Redaktion: Z 148 (Dezember 2026) wird Fragen von Staat, Recht und Rechtsbeugung in der Bundesrepublik thematisieren.